

Abwägung im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB

Im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit (gem. § 3 Abs. 2 BauGB) wurden in der Zeit vom 18.03.2025 bis 25.04.2025 keine Stellungnahmen abgegeben.

Mit Schreiben vom 18.03.2025 hat die Stadt Papenburg die Behörden und die sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB von der obigen Planung unterrichtet und um Abgabe einer Stellungnahme gebeten.

Folgende Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange haben weder Anregungen noch Bedenken vorgebracht:

Ifd. Nr.	Behörde / sonstiger Träger öffentlicher Belange	Stellungnahme vom
1.	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr	18.03.2025
2.	Wasserverband Hümmling	14.04.2025
3.	Avacon Netz GmbH/ Avacon Wasser GmbH / WEVG GmbH & Co KG.	26.03.2025
4.	Industrie- und Handelskammer für Ostfriesland und Papenburg	01.04.2025
5.	Gemeinde Rhede (Ems)	24.03.2025
6.	Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH	11.04.2025

Folgende Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange haben Anregungen vorgebracht:

Stellungnahmen nach § 4 Abs. 2 BauGB	Abwägung
1. Landkreis Emsland: Schreiben vom 25.04.2025	
<p>Zum Entwurf der o.g. Bauleitplanung nehme ich als Träger öffentlicher Belange wie folgt Stellung:</p> <p><u>Städtebau</u> Gem. § 1 Abs. 3 BauGB haben die Gemeinden die Bauleitpläne aufzustellen, sobald und soweit es für die städtebauliche Entwicklung und Ordnung erforderlich ist.</p> <p>Hierzu hat das BVerwG bereits sehr früh festgestellt, dass Bauleitpläne dann erforderlich sind i.S.d. § 1. Abs. 3 BauGB, soweit sie nach der planerischen Konzeption der Gemeinde erforderlich sind (BVerwG, Urt. v. 07.05.1971 – 4 C 76.68).</p> <p>Wesentlich ist deshalb, dass dem Bauleitplan ein planerisches Konzept zugrunde liegt. Dies kann sich aus kommunaler Entwicklungsplanungen</p>	<p><u>Städtebau</u> Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der geplante Standort für den landwirtschaftlichen Hof lässt sich nicht nur durch praktische und wirtschaftliche Gründe, sondern auch aus</p>

Stellungnahmen nach § 4 Abs. 2 BauGB	Abwägung
<p>und -konzepten sowie anderen (informellen) Planungen und sonstigen Konzepten ergeben.</p> <p>Gem. § 8 Abs. 2 BauGB sind Bebauungspläne aus dem Flächennutzungsplan zu entwickeln. Der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 272 „Bolande, westlich Dammstraße“ liegt das o.g. Verfahren zur 112. Änderung des Flächennutzungsplanes zugrunde, beide Verfahren werden parallel durchgeführt. Der Bebauungsplan sieht u.a. auch die Zulässigkeit von Biogasanlagen vor. Die Flächennutzungsplanänderung sieht jedoch eine Sonderbaufläche mit der Zweckbestimmung Tierhaltung und betriebsbezogenes Wohnen vor. Die Planungen sind aufeinander abzustimmen. Die sich aus der beabsichtigten städtebaulichen Entwicklung ergebende Art der Bodennutzung ist in den Grundzügen vollständig darzustellen.</p>	<p>städtebaulicher Sicht gemäß § 1 Abs. 6 BauGB (Baugesetzbuch) überzeugend rechtfertigen.</p> <p>Im vorliegenden Fall entspricht die ausgewählte Fläche den städtebaulichen Zielen, da sie sowohl aus ökologischer Sicht als auch hinsichtlich ihrer Einbindung in das bestehende ländliche Gefüge Vorteile bietet. Die Fläche befindet sich in einem Gebiet, das die nachhaltige Weiterentwicklung der landwirtschaftlichen Infrastruktur unterstützt, ohne die umliegenden Siedlungsstrukturen übermäßig zu belasten. Ihre Nähe zu bereits erschlossenen ländlichen Gebieten erleichtert zudem die Anbindung an die vorhandene Infrastruktur, was im Sinne des § 1 Abs. 6 BauGB, der die wirtschaftliche Erschließung von Flächen fordert, einen klaren Vorteil darstellt.</p> <p>Die Wahl dieser Fläche fördert zudem ein ausgewogenes Verhältnis zwischen landwirtschaftlich genutzten und unbebauten Flächen, was zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, insbesondere nach § 1 Abs. 6 BauGB, beiträgt. Das Vorhaben unterstützt eine nachhaltige Nutzung von Flächen, indem unnötige Eingriffe in andere naturnahe oder städtebaulich sensible Bereiche vermieden werden, die stärker in das ökologische Gleichgewicht eingreifen würden.</p> <p>In diesem Zusammenhang kommt den Geruchsimmissionen gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauGB eine besondere Bedeutung zu. Der Standort bietet die Möglichkeit, die Wohnnutzung wirksam vor den landwirtschaftlichen Gerüchen zu schützen, wodurch der Erhalt und die Förderung der landwirtschaftlichen Nutzung gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 8b BauGB unterstützt werden. Dies trägt langfristig zur Bewahrung der dörflichen Strukturen bei und ermöglicht ein geordnetes Nebeneinander von Wohnbebauung und Landwirtschaft.</p> <p>Die betroffene Fläche weist bereits eine intensive landwirtschaftliche Vorprägung auf, etwa durch Maßnahmen wie Tiefpflügen, Drainage und regelmäßige Bodenbearbeitung. Diese Vorbelastung erleichtert die Errichtung eines landwirtschaftlichen Betriebes, ohne das Landschaftsbild wesentlich zu verändern. Diese Vorgehensweise entspricht auch den Grundsätzen des § 1a BauGB, der eine sparsame und schonende Nutzung von Grund und Boden fordert.</p>

Stellungnahmen nach § 4 Abs. 2 BauGB	Abwägung
<p>Im Rahmen der Ermittlung der abwägungsrelevanten Belange insbesondere in Bezug auf die Biogasanlagen ist Folgendes zu beachten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Auswirkungen des zu erwartenden Zulieferverkehrs, auch in Bezug auf den Lärmschutz, sind zu ermitteln. • Die langfristige Sicherung der städtebaulichen Ziele – ggf. Sicherstellung der gemeindlichen Wärmeversorgung – ist zu erläutern. • Es ist zu ermitteln, ob ein Sicherheitsabstand i. S. d. Störfallrechts zu benachbarten Schutzobjekten einzuhalten ist. Hierzu ist der Leitfaden der Kommission für Anlagensicherheit KAS-18 „Empfehlungen für Abstände zwischen Betriebsbereichen nach der Störfall-Verordnung und schutzbedürftigen Gebieten im Rahmen der Bauleitplanung – Umsetzung § 50 BImSchG“ heranzuziehen. <p>Auf Seite 8 des Umweltberichts wird auf § 5 Abs. 2 b) LSG-VO verwiesen. Demnach sei das geplante Vorhaben insoweit i.S.d. Verordnung auch innerhalb der Gebietsgrenzen grundsätzlich zulassungsfähig. Dies ist näher zu erläutern, denn es handelt sich eben nicht um einen landwirtschaftlichen Betrieb i.S.d. § 35 Abs. 1. Nr. 1 BauGB.</p> <p>Im letzten Satz unter 1.4.3 auf Seite 9 des Umweltberichts wird festgestellt: „Vom Vorhaben gehen keine Wirkungen aus, die zu erheblichen Beeinträchtigungen führen können (vgl. Kap. 3).“ Es wird dabei Bezug genommen auf benachbarte Kompensationsflächen und Waldflächen. In Kapitel 3 eingerahmte Anmerkungen auf Seite 32 wird jedoch Folgendes ausgeführt:</p> <p>„-betriebsbedingte Wirkungen, z.B. durch bauliche Anlagen, Nutzung, Emissionen oder landwirtschaftlichen Betrieb sind ausdrücklich nicht Teil der Ausarbeitungen.</p>	<p>Insgesamt ist der geplante landwirtschaftliche Hof nicht nur aus wirtschaftlicher, sondern auch aus städtebaulicher Sicht sinnvoll und entspricht den Zielen des § 1 Abs. 6 BauGB, indem er eine ressourcenschonende, nachhaltige und langfristig tragfähige Entwicklung des ländlichen Raums ermöglicht.</p> <p>Die Biogasanlage ordnet sich dem Hauptnutzungsweck Tierhaltung unter.</p> <p>Die angesprochenen Detailangaben können erst im nachgelagerten Genehmigungsverfahren aufgezeigt werden. Die Schutzanforderungen der Nachbarschaft sind einzuhalten.</p> <p>Der Bebauungsplan ist als Angebotsbebauungsplan ausgestaltet. Er schafft lediglich die planungsrechtliche Grundlage für eine potenzielle Nutzung, ohne konkrete Vorhaben abschließend festzulegen. Die Zulässigkeit betriebsbezogener Wohnungen ergibt sich aus § 11 Abs. 3 BauNVO. Danach sind Wohnungen für Betriebsinhaber und Betriebsleiter in Sondergebieten zulässig, sofern sie funktional erforderlich und der Sondergebietenutzung untergeordnet sind. Eine weitergehende Festsetzung im Bebauungsplan ist planungsrechtlich nicht geboten.</p> <p>Darüber hinaus wurde zwischen dem Bauherrn und der Stadt ein städtebaulicher Vertrag abgeschlossen, in dem die Anzahl der zulässigen Wohneinheiten vertraglich verbindlich geregelt ist. Diese privatrechtliche Regelung stellt sicher, dass die städtebaulichen Zielsetzungen – insbesondere die Unterordnung der Wohnnutzung unter die betriebliche Nutzung – gewahrt bleiben.</p>

Stellungnahmen nach § 4 Abs. 2 BauGB	Abwägung
<p>Zur Beurteilung möglicher Wirkungen im Zuge zukünftiger (noch nicht näher definierter) Landwirtschaft wurde eine Untersuchung veranlasst, die mittels Ausbreitungsrechnung immissionsschutztechnisch grundsätzlich genehmigungsfähige Tierbestandszahlen ermittelt. Sofern die im Gutachten enthaltenen Hinweise Berücksichtigung finden, sind erhebliche Umweltbeeinträchtigungen gleichwohl nicht zu erwarten (vgl. FIDES 2024).“</p> <p>In der Begründung im Kapitel 6.2 sowie dem Immissionsschutzgutachten werden jedoch nur beispielhaft verschiedene Nutztierhaltungen betrachtet. Maximal zulässige Tierzahlen wurden weder im Bebauungsplan noch im F-Planverfahren festgelegt. Zudem wurden „weitere einschränkende Wirkungen auf konkrete Planmaßnahmen aufgrund weiterer Emissionen durch geplante Maßnahmen (z.B. Ammoniak und Staub) in der Untersuchung nicht berücksichtigt.“</p> <p>Ob die Planung mit erheblichen Auswirkungen auf die Belange nach § 1 Absatz 6 Nummer 7 Buchstabe a bis i BauGB während der Betriebsphase verbunden ist, wird somit im Umweltbericht ebenfalls nicht ausreichend abgehandelt. Gemäß § 1 Abs. 6 BauGB ist dies jedoch bereits bei der Aufstellung der Bauleitpläne zu berücksichtigen.</p> <p>Im Umweltbericht wurden folgende zu prüfende Umweltbelange gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB nicht behandelt:</p> <p>e) die Vermeidung von Emissionen soweit der sachgerechte Umgang mit Abfällen und Abwässern</p>	<p>Die Kombination aus bauplanungsrechtlicher Bindung über die BauNVO und privatrechtlicher Begrenzung im Vertrag gewährleistet eine hinreichende Steuerung der Wohnnutzung, ohne dass es einer zusätzlichen textlichen Festsetzung im Bebauungsplan bedarf.</p> <p>Der Bebauungsplan ist als Angebotsbebauungsplan ausgestaltet und legt keine abschließenden betrieblichen Parameter wie Inputmengen, Herkunftsstoffe oder Anlagengrößen fest.</p> <p>Die Zulässigkeit von Biogasanlagen und Biomassetanks mit Blockheizkraftwerk im Sondergebiet ergibt sich aus § 11 BauNVO.</p> <p>Eine weitergehende Festlegung im Bebauungsplan ist zum aktuellen Zeitpunkt weder erforderlich noch sachgerecht, da die konkrete Ausgestaltung und Zulässigkeit im Rahmen eines ggf. notwendigen immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens nach BImSchG im Detail geprüft wird.</p> <p>Die Belange der Umwelt, Nachbarschaft und Infrastruktur werden dort umfassend berücksichtigt.</p> <p>Es sei darauf hinzuweisen, dass es sich in dieser 112. Änderung des Flächennutzungsplanes um die vorbereitende Bauleitplanung zu einem Angebotsbebauungsplan für eine Tierhaltungsanlage handelt. Der immissions-technische Bericht zeigt die grundsätzliche Umsetzbarkeit von Tierhaltungsanlagen an diesem Standort auf. Die betriebsbedingten Wirkungen werden und können erst im finalen Genehmigungsverfahren aufgezeigt werden. Dies betrifft auch z.B. Ammoniak und Staub. Es wird somit zurecht im Umweltbericht auf die grundsätzliche Vorgabe hingewiesen, dass alle Schutzanforderungen an die Umwelt und die Nachbarschaft (Schutzgut Mensch) einzuhalten sind.</p> <p>Die hier aufgezeigten zu prüfenden Umweltbelange werden im nachgelagerten Genehmigungsverfahren beachtet.</p>

Stellungnahmen nach § 4 Abs. 2 BauGB	Abwägung
<p>f) die Nutzung erneuerbarer Energien, insbesondere auch im Zusammenhang mit der Wärmeversorgung von Gebäuden, sowie die sparsame und effiziente Nutzung von Energie,</p> <p>g) die Darstellungen von Landschaftsplänen und sonstigen Plänen, insbesondere des Wasser-, des Abfall- und des Immissionsschutzrechts, sowie die Darstellung in Wärmeplänen und die Entscheidungen über die Ausweisung als Gebiet zum Neu- oder Ausbau von Wärmenetzen oder als Wasserstoffnetzausbaubereich gemäß § 26 des Wärmeplanungsgesetzes vom 20. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 394),</p> <p>h) die Erhaltung der bestmöglichen Luftqualität in Gebieten, in denen die durch Rechtsverordnung zur Erfüllung von Rechtsakten der Europäischen Union festgelegten Immissionsgrenzwerte nicht überschritten werden,</p> <p>i) die Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Belangen des Umweltschutzes nach den Buchstaben a bis d,</p> <p>j) unbeschadet des § 50 Satz 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes, die Auswirkungen, die aufgrund der Anfälligkeit der nach dem Bebauungsplan zulässigen Vorhaben für schwere Unfälle oder Katastrophen zu erwarten sind, auf die Belange nach den Buchstaben a bis d und i</p> <p>Gem. Nr. 2b) der Anlage 1 zum BauGB hat eine Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung im Rahmen der Beschreibung und Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen zu erfolgen; hierzu sind, soweit möglich, insbesondere die möglichen erheblichen Auswirkungen während der Bau- und Betriebsphase der geplanten Vorhaben auf die Belange nach § 1 Abs. 6 Nr. 7a bis i) BauGB zu beschreiben, unter anderem infolge der Punkte aa) – hh).</p> <p>So wie es auch aus dem Gesetzeswortlaut hervorgeht, sollten zu jedem der Belange nach § 1 Abs. 6 Nr. 7a bis i) BauGB die Punkte aa) – hh) abgeprüft werden. Hierzu empfiehlt es sich, zu jedem Belang (z.B. Tiere oder Wasser) eine Tabelle mit den Punkten aa) – hh) zu erstellen.</p> <p>Im Umweltbericht fehlen Angaben zu „anderweitigen Planungsmöglichkeiten“ vgl. Nr. 2 d) der Anlage 1 zum BauGB § 1 Abs. 7 BauGB verlangt,</p>	<p>Die Prognose über die Entwicklung des Umweltzustandes wird im Genehmigungsverfahren vorgenommen. Die Auswirkungen während der Bau- und Betriebsphase werden dann Gegenstand sein.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Im Rahmen der Standortfindung hat die Stadt Papenburg diverse Überlegungen zur Neuerrichtung eines landwirtschaftlichen Betriebes im</p>

Stellungnahmen nach § 4 Abs. 2 BauGB	Abwägung
<p>dass bei der Aufstellung der Bauleitpläne die öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander gerecht abzuwägen sind. So ist gemäß § 2 Abs. 4 Satz 4 BauGB das Ergebnis der Umweltprüfung in der Abwägung zu berücksichtigen. Die Gemeinde muss unterscheiden zwischen einer fachlichen Bewertung von Umweltbelangen im Umweltbericht und der Bewertung dieser Belange im Rahmen der rechtlichen Abwägung nach § 1 Abs. 7 BauGB. Eine Abwägung, die alle Belange gesamt betrachtet, fehlt bisher. In der Begründung ist somit außerhalb des Umweltberichtes die erfolgte Gesamtabwägung (Gewichtung der Belange etc.) – unter Berücksichtigung der Ergebnisse des Umweltberichtes – zu erläutern.</p> <p><u>Naturschutz und Forsten</u> <u>Naturschutzfachliche Belange:</u> Die Eingriffsregelung nach dem BNatSchG, hier Bestanderfassung (Biotoptypenkartierung) und die erstellte Eingriffsbilanzierung (Gegenüberstellung von Ist- und Soll-Zustand) wird fach- und sachgerecht abgehandelt. Das ermittelte Kompensationsdefizit wird mit Hilfe geeigneter Kompensationsmaßnahmen ausgeglichen, wobei ein Teil des Defizits über sog. Ökopunkte, die durch bereits umgesetzte Kompensationsmaßnahmen generiert wurden, ausgeglichen werden soll. Voraussetzung für diese Form der Kompensation ist ein ausreichendes Guthaben auf einem Ökokonto. Der Kontoinhabende ist dabei zweitrangig (Stadt Papenburg, Privatperson etc.). Ein entsprechender Nachweis ist zu erbringen.</p> <p>Die Bewertung der vorgesehenen Gehölzstrukturen, die auf den Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Anpflanzungen geschaffen werden sollen, mit dem Wertfaktor 3 kann aus naturschutzrechtlicher Sicht nur anerkannt werden, wenn heimische standortortgerechte Laubgehölze Verwendung finden und die Gehölzstrukturen aus mind. Drei (3) Pflanzenreihen bzw. unter einer Breite von mind. 6 m einnehmen. Gehölzstrukturen unter drei (3) Pflanzenreihen bzw. unter einer Breite von 6 m sind nur bedingt als funktionstüchtig (Biotopverbund, Brut- und Nährgehölz, Wind-/Erosionsschutz, Wanderkorridor etc.) zu bezeichnen und können daher allenfalls mit dem Wertfaktor 2 bewertet werden.</p>	<p>Nahbereich des Bokeler Bogens vorgenommen und dabei die öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander gerecht abgewogen.</p> <p>Die Besonderheit einer Betriebsaussiedlung, wie in diesem Fall, welche eine übergeordnete städtebauliche Bedeutung für die zukünftige Entwicklung der Stadt Papenburg hat, ist dabei besonders hervorzuheben.</p> <p><u>Naturschutz und Forsten</u> <u>Naturschutzfachliche Belange:</u> Die Auswirkungen zu den naturschutzfachlichen Belangen wird zur Kenntnis genommen und beachtet.</p>

Stellungnahmen nach § 4 Abs. 2 BauGB	Abwägung
<p><u>Artenschutzrechtliche Belange:</u> Da durch die Bauleitplanungen eine Betroffenheit von Arten nach § 19 bzw. § 44 BNatSchG nicht ausgeschlossen werden kann, ist nachzuweisen, dass Verstöße gegen die artenschutzrechtlichen Verbote nicht eintreten. Hierfür ist grundsätzlich eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung (saP) erforderlich. Dabei sind Datengrundlagen zu verwenden, die belastbar und nicht älter als fünf Jahre sind und die das zu erwartende Artenspektrum hinsichtlich Erfassungstiefe und -zeitraum ausreichend abbilden. Dies gilt insbesondere für Fledermäuse und für die Avifauna.</p> <p>Alle faunistischen und floristischen Kartierungen sowie Lebensräume (LRT, Biotoptypen) sind als ArcGIS- bzw. Q-GIS-fähige Shape-Datei abzugeben. Die Erfassungen sind aufgelistet nach Art bzw. Lebensraum nachvollziehbar und strukturiert in der Attributtabelle der Shape-Datei mit wissenschaftlichen und deutschen Namen einzutragen.</p> <p>Diese Daten werden für interne Zwecke der UNB im Rahmen für Planungen und weiteren Forschungen genutzt.</p> <p>Zu den Bauleitplanungen wurde keine gesonderte bzw. aktuelle saP erstellt. Die Abhandlung der artenschutzrechtlichen Belange erfolgt anhand faunistischer Erhebungen, hier zu den Tiergruppen Brutvögel, Rast- und Gastvögel und Fledermäuse, aus dem Jahr 2018.</p> <p>Das Heranziehen der artenschutzrechtlichen Abhandlung aus dem Jahr 2018 kann trotz Überschreitung des vorgegebenen Gültigkeitszeitraumes von fünf Jahren zugelassen werden, da sich der Untersuchungsraum in den vergangenen fünf Jahren nicht erheblich verändert hat und die Aussagekraft bzw. die Belastbarkeit der erhobenen Daten weiterhin gegeben ist. Erneute Begehungen und Neubewertungen sind nicht zwingend erforderlich.</p> <p>Nach dem Ergebnis der Erhebungen aus 2018 ist durch die Bauleitplanungen keine Betroffenheit von Arten nach § 19 bzw. § 44 BNatSchG zu erwarten. Es kommt nicht zu erheblichen Störungen für wildlebende Tiere der streng geschützten Arten bzw. der europäischen Vogelarten während</p>	<p><u>Artenschutzrechtliche Belange:</u> Die Belange des Artenschutzes werden zur Kenntnis genommen und beachtet.</p>

Stellungnahmen nach § 4 Abs. 2 BauGB	Abwägung
<p>der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderzeiten.</p> <p>Für die in 2018 im Untersuchungsraum erfassten Arten, die einem besonderen (§ 7 Abs. 2 Nr. 13 BNatSchG) und/oder strengen (§ 7 Abs. 2 Nr. 14 BNatSchG) Schutz unterliegen, sind in den Planungen Maßnahmen zur Vermeidung und Minderung von Beeinträchtigungen bzw. Störungen oder Schädigungen sowie Schutzmaßnahmen vorgesehen.</p> <p>Die Herrichtung der Baufelder (wie z.B. das Abschieben von Oberboden) erfolgt (gemäß § 15 Abs. 1 BNatSchG bzw. den Vorschriften des allgemeinen und besonderen Artenschutzes nach § 39 und § 44 Abs. 5 BNatSchG) außerhalb der Brutzeit bodenbrütender Vogelarten, d.h. nicht in der Zeit zwischen dem 1. März und 31. Juli.</p> <p>Notwendige Arbeiten im Seitenraum von Wegen, Straßen und Gräben erfolgen außerhalb der Brutzeit von Brutvogelarten der Ruderalfluren, Brachen und Gewässer (insbesondere der Gräben), d.h. nicht in der Zeit zwischen dem 1. März und 31. Juli.</p> <p>Erforderliche Rodungsarbeiten und sonstige Gehölzarbeiten (Rückschnitt, Umsetzungen) sind gemäß § 15 Abs. 1 BNatSchG auf das unumgängliche Maß zu beschränken und gemäß § 39 BNatSchG auch bei Zulässigkeit des Eingriffs in der Zeit zwischen dem 1. Oktober und 28. Februar auszuführen.</p> <p>Zur Vermeidung von Verbotstatbeständen gemäß § 44 BNatSchG ist vor der Fällung potentieller Höhlenbäume von fachkundigem Personal (Biologie, Ornithologie, Landespflge, Mitarbeitende Naturschutzverband) zu prüfen, ob die Bäume von Fledermäusen genutzt oder bewohnt werden. Ein möglicher Gehölzeinschlag ist auf ein Minimum zu reduzieren, um die Beeinträchtigungen gehölzwohnender bzw. -abhängiger Vogelarten zu verringern. Entsprechend dürfen die Gehölze nur dann geschlagen werden, wenn es bautechnisch bzw. bauleitplanerisch zwingend notwendig ist. Darüber hinaus sind die im Umweltbericht unter Pkt. 5.1 (Maßnahmen zur Vermeidung und Minderung artenschutzrechtlicher Beeinträchtigungen</p>	

Stellungnahmen nach § 4 Abs. 2 BauGB	Abwägung
<p>S. 78-79) aufgeführten Einzelmaßnahmen zu beachten und zu gegebener Zeit fach- und sachgerecht umzusetzen.</p> <p><u>Forstfachliche Belange:</u> Unmittelbar westlich des Plangebietes erstreckt sich ein Gehölzbestand, der als Wald im Sinne des Niedersächs. Gesetz über den Wald und die Landschaftsordnung (WaldLG) anzusprechen ist. Weitere Waldflächen sind im Süden des Plangebietes anzutreffen. Die Waldflächen sind zu sichern, zu schützen und dauerhaft zu erhalten.</p> <p>Da die Bauleitplanung die Aus- bzw. Umsiedlung eines landwirtschaftlichen Betriebes zum Inhalt hat und der Betrieb lt. vorliegenden Planunterlagen auf die Tierhaltung ausgerichtet ist (z.B. Legehennen o. Milchkühe), wird darauf hingewiesen, dass die Waldflächen nicht mit mehr als 5 kg N/ha/a bzw. 3 µg/m³ Ammoniak zusätzlich belastet werden dürfen. Entsprechende Nachweise sind zu erbringen.</p> <p><u>Gesundheit</u> Hinsichtlich des Immissionsschutzes sollten aus der Sicht des Fachbereichs Gesundheit und auch des Niedersächsischen Landesgesundheitsamtes die Maßgaben der TA Luft 2021 und im Zusammenhang mit Tierhaltungsställen auch die Richtlinien-Reihe VDI 4250 (August 2014), sowie der Erlass zu Abluftreinigungsanlagen in Schweinehaltungsanlagen und Anlagen für Mastgeflügel sowie Bioaerosolproblematik in Schweine- und Geflügelhaltungsanlagen vom 02.05.2013 in der aktuell gültigen Fassung angewendet werden. In der VDI 4250 (August 2014) wird der aus umweltmedizinischer Sicht aktuell bestehende Wissensstand adäquat berücksichtigt.</p> <p>Einzelne Hinweise für eine Prüfung auf Bioaerosolbelastungen sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> • ein geringer Abstand zwischen Wohnort/Aufenthaltort und Anlage • ungünstige Ausbreitungsbedingungen (Kaltluftablässe in Richtung Wohnbebauung) • weitere bioaerosolemittierende Anlagen in der Nähe • empfindliche Nutzungen in der Umgebung (z.B. Krankenhäuser) 	<p><u>Forstfachliche Belange:</u> Die forstfachlichen Belange werden zur Kenntnis genommen und beachtet.</p> <p><u>Gesundheit</u> Dieser Sachverhalt „Gesundheit“ wird mit Feststehen der geplanten Tierhaltungsanlage im Zuge der folgenden Genehmigungsverfahren überprüft.</p>

Stellungnahmen nach § 4 Abs. 2 BauGB	Abwägung
<ul style="list-style-type: none"> • gehäufte Beschwerden der Anwohner über gesundheitliche Beeinträchtigungen • Die benachbarte Wohnbebauung liegt in Hauptwindrichtung in weniger als 1.000 m von der emittierenden Anlage entfernt. • Es liegt eine gegenüber der natürlichen Hintergrundkonzentration an Bioaerosolen bereits erhöhte Bioaerosolkonzentrationen vor. <p>Für die Bauleitplanung empfiehlt sich daher die o.g. Prüfkriterien grundsätzlich zu berücksichtigen.</p>	<p>Im Zuge der Bauleitplanung können diese Detailanforderungen noch nicht abschließend geprüft werden. Aus der Vorprüfung geht hervor, dass die genannten Kriterien eingehalten werden können.</p>
2. Landeswirtschaftskammer Niedersachsen: Schreiben vom 23.04.2025	
<p>Die Stadt Papenburg plant die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 272 „Bolande, westlich Dammstraße“. Planungsziel besteht darin, eine Aussiedlung eines im Bokeler Bogen ansässigen landwirtschaftlichen Betriebes in dem Plangebiet zu ermöglichen. Es sollen Tierhaltungsanlagen, auch bei Überschreitung der UVP-Vorprüfungspflicht bzw. UVP-Pflicht, Wohngebäude, eine Biogasanlage mit BHKW, Biomasetanks mit BHKW und Nebenanlagen, soweit sie in einem unmittelbaren Zusammenhang zu einer der genannten Nutzungen stehen sowie Erschließungsflächen und Anpflanzungen zur Eingrünung erstellt werden können. Die Erstellung von Nebenanlagen ist nur zulässig, wenn sie in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der o.g. Nutzungen stehen. Dieser Punkt sollte verallgemeinert, umformuliert oder um die Formulierung „dem Betrieb dienende Nebenanlagen“ ergänzt werden, da u. E., z.B. eine Maschinenhalle nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit den o.g. Nutzungen, sondern im Zusammenhang mit der Flächenbewirtschaftung steht und dem Betrieb dient.</p> <p>Für die Tierhaltung wurde eine geruchstechnische Untersuchung erstellt. Unter Berücksichtigung der Vorbelastung wurden beispielhaft die maximalen Geruchsstoffströme verschiedener Tierhaltungen ermittelt. Somit kann der Betrieb Tierhaltungsanlagen errichten, die diese maximalen Geruchsstoffströme einhalten. Im Rahmen der Genehmigungsverfahren sind detailliertere Prüfungen erforderlich. Dabei sind u.a. neben der Positionierung der Gebäude, die Abluftpunkte und emissionsmindernde Maßnahmen</p>	<p>Die Stellungnahmen der Landwirtschaftskammer Niedersachsen wird zur Kenntnis genommen.</p>

Stellungnahmen nach § 4 Abs. 2 BauGB	Abwägung
<p>heranzuziehen. Weiterhin sind alle immissionsschutztechnischen Anforderungen zu erfüllen. Dazu gehört auch die Berücksichtigung von Ammoniak, Stickstoff und Staub.</p> <p>Hierfür ist es erforderlich den Flächennutzungsplan zu ändern. Die bisher als Fläche für die Landwirtschaft dargestellte Fläche wird durch die Änderung als Sonderbaufläche mit der Zweckbestimmung Tierhaltung und betriebliches Wohnen ausgewiesen.</p> <p>Die Stadt Papenburg stellt durch die Ausweisung der Sonderbaufläche die Umsiedlung des Betriebes vom Bokeler Bogen in das Plangebiet sicher. Dabei werden die Belange des Betriebes durch die Schaffung von erforderlichen Erweiterungsmöglichkeiten bzw. der Standortsicherung berücksichtigt.</p> <p>Durch die Ausweisung der Sonderbaufläche wird dem Betrieb Planungssicherheit gegeben. Unter Berücksichtigung der Ausführungen zu den Nebenanlagen bestehen aus landwirtschaftlicher Sicht keine Bedenken gegen das o.g. Vorhaben.</p> <p>Das Forstamt Weser-Ems äußert sich zum o.g. Vorhaben wie folgt:</p> <p>Gegen das oben genannte Vorhaben bestehen von Seiten des Forstamtes Weser-Ems keine Bedenken.</p>	
3. Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie: Schreiben vom 25.04.2025	
<p>in Bezug auf die durch das LBEG vertretenen Belange geben wir zum o.g. Vorhaben folgende Hinweise:</p> <p>Gashochdruckleitungen, Rohrfernleitungen</p> <p>Durch das Plangebiet bzw. in unmittelbarer Nähe dazu verlaufen erdverlegte Gashochdruckleitungen bzw. Rohrfernleitungen. Bei diesen Leitungen sind Schutzstreifen zu beachten, die von jeglicher Bebauung und von tiefwurzelndem Pflanzenbewuchs frei zu halten sind. Bitte beteiligen Sie den aktuellen Leitungsbetreiber direkt am Verfahren, damit ggf. erforderliche Abstimmungsmaßnahmen (genauer Leitungsverlauf, Breite des</p>	<p>Die Stellungnahme des LBEG wird zur Kenntnis genommen und wie folgt beachtet.</p> <p>Die erdverlegte Gashochdruckleitungen bzw. Rohrfernleitungen verläuft durch das Gebiet und ist als solches im Planteil dargestellt. Zusätzlich ist ein Schutzstreifen von beidseitig je 20 m aufgeführt. Gehölzstrukturen sind hier nicht vorgesehen.</p>

Stellungnahmen nach § 4 Abs. 2 BauGB	Abwägung								
<p>Schutzstreifens etc.) eingeleitet werden können. Der Leitungsbetreiber kann sich ändern, ohne dass es eine gesetzliche Mitteilungspflicht gegenüber dem LBEG gibt. Wenn Ihnen aktuelle Informationen zum Betreiber bekannt sind, melden Sie diese bitte an Leitungskataster@lbeg.niedersachsen.de. Weitere Informationen erhalten Sie hier. Die beim LBEG vorliegenden Daten zu den betroffenen Leitungen entnehmen Sie bitte der nachfolgenden Tabelle:</p> <table><tr><th>Objektname</th><th>Betreiber</th><th>Leitungstyp</th><th>Leitungsstatus</th></tr><tr><td>HD_PN70</td><td>EWE NETZ GmbH</td><td>Gashochdruck-leitung</td><td>Betriebsbereit/ in Betrieb</td></tr></table> <p>Wenn die Beteiligung der Leitungsbetreiber bereits im Rahmen früherer Planungsverfahren durchgeführt wurde und zwischenzeitlich keine Veränderung des Leitungsverlaufs erfolgte, ist die Erfordernis einer erneuten Beteiligung der genannten Unternehmen durch die verfahrensführende Behörde abzuwägen.</p> <p>Wir bitten darum, sich mit dem/den betroffenen Unternehmen in Verbindung zu setzen und die ggf. zu treffenden Schutzmaßnahmen abzustimmen. Sofern Ihr Planungsvorhaben Windenergieanlagen betrifft, wird auf die Rundverfügung: Abstand von Windkraftanlagen (WEA) zu Einrichtungen des Bergbaus verwiesen, auch zu finden als Download auf der Webseite des LBEG.</p> <p>Hinweise Sofern im Zuge des o.g. Vorhabens Baumaßnahmen erfolgen, verweisen wir für Hinweise und Informationen zu den Baugrundverhältnissen am Standort auf den NIBIS® Kartenserver. Die Hinweise zum Baugrund bzw. den Baugrundverhältnissen ersetzen keine geotechnische Erkundung und Untersuchung des Baugrundes bzw. einen geotechnischen Bericht. Geotechnische Baugrunderkundungen/-untersuchungen sowie die Erstellung des geotechnischen Berichts sollten gemäß der DIN EN 1997-1 und -2 in Verbindung mit der DIN 4020 in den jeweils gültigen Fassungen erfolgen.</p>	Objektname	Betreiber	Leitungstyp	Leitungsstatus	HD_PN70	EWE NETZ GmbH	Gashochdruck-leitung	Betriebsbereit/ in Betrieb	
Objektname	Betreiber	Leitungstyp	Leitungsstatus						
HD_PN70	EWE NETZ GmbH	Gashochdruck-leitung	Betriebsbereit/ in Betrieb						

Stellungnahmen nach § 4 Abs. 2 BauGB	Abwägung
<p>Sofern Hinweise zu Salzabbaugerechtigkeiten und Erdölaltverträgen für Sie relevant sind, beachten Sie bitte unser Schreiben vom 04.03.2024 (unser Zeichen: LID.4-L67214-07-2024-0001).</p> <p>In Bezug auf die durch das LBEG vertretenen Belange haben wir keine weiteren Hinweise oder Anregungen.</p> <p>Die vorliegende Stellungnahme hat das Ziel, mögliche Konflikte gegenüber den raumplanerischen Belangen etc. ableiten und vorausschauend berücksichtigen zu können. Die Stellungnahme wurde auf Basis des aktuellen Kenntnisstandes erstellt. Die verfügbare Datengrundlage ist weder als parzellenscharf zu interpretieren noch erhebt sie Anspruch auf Vollständigkeit. Die Stellungnahme ersetzt nicht etwaige nach weiteren Rechtsvorschriften und Normen erforderliche Genehmigungen, Erlaubnisse, Bewilligungen oder objektbezogene Untersuchungen.</p>	
4. Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz: Schreiben vom 23.04.2025	
<p>am 19.03.2025 sandten Sie uns per E-Mail die Benachrichtigung zur Beteiligung zu dem im Betreff genannten Vorhaben mit der Bitte um Stellungnahme. Nachfolgend erhalten Sie die Stellungnahme des Niedersächsischen Landesbetriebes für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) der Betriebsstelle Meppen (Geschäftsbereich 3: Wasserwirtschaft) und der Betriebsstelle Brake-Oldenburg (Geschäftsbereich 4: Naturschutz) zu dem o.g. Vorhaben.</p> <p>Darstellung des Sachverhaltes</p> <p>Planungsziel ist es, eine Aussiedlung des gegenwärtigen landwirtschaftlichen Betriebes innerhalb des Stadtgebietes zu realisieren. Es sollen, neben einer Betriebsleiterwohnung und einem Altenteiler, zukünftig Tierhaltung, eine Freilandauslauffläche sowie notwendige Maschinenhallen errichtet werden.</p> <p>Stellungnahme als Träger Öffentlicher Belange (TÖB)</p> <p>Geschäftsbereich 3: Wasserwirtschaft</p>	<p>Die Stellungnahme des NLWKN wird zur Kenntnis genommen und wie folgt beachtet.</p>

Stellungnahmen nach § 4 Abs. 2 BauGB	Abwägung
<p>Zuständige Ansprechperson: - Herr Heuving, Fax: 05931/406-100 E-Mail: franz-johann.Heuving@nlwkn.niedersachsen.de und die Unterzeichnerin</p> <p>Anlagen, Grundstücke und Messstellen des NLWKN sind durch die Planungen nicht betroffen.</p> <p>Das Plangebiet liegt zu großen Teilen in einem Bereich, für welches nach § 78b WHG ein signifikantes Hochwasserrisiko ermittelt wurde und die bei einem Hochwasser mit niedriger Wahrscheinlichkeit [HQextrem] über das festgesetzte bzw. vorläufig gesicherte Überschwemmungsgebiet hinaus überschwemmt werden könnte. Bisherige Erkenntnisse aus den Klimamodellierungen prognostizieren eine Entwicklung, dass ein zukünftiges HQ100 dann in den Grenzen des jetzigen HQextrem liegen kann bzw. sehr wahrscheinlich liegen wird. Dieser erwarteten Entwicklung sollte jetzt schon entsprechend Rechnung getragen werden. Notwendiger Überschwemmungsraum wird dann wesentlich schwerer und zu deutlich höheren Kosten zu finden sein.</p> <p>Die Erhöhung der versiegelten Flächen wird von uns in Anbetracht der dadurch reduzierten Grundwasserneubildung, aber auch der immer häufiger stattfindenden Hochwassersituationen, kritisch gesehen, da weitere Niederschläge zum Abfluss gebracht werden und weniger versickern. Es wird unsererseits empfohlen zu prüfen, ob die befestigten Flächen komplett versiegelt werden müssen oder ob die Möglichkeit der Verwendung von Sickersteinen/aufgeweiteten Fugen/Rasengittersteine zur direkten Teilversickerung/Verringerung des Abflusses möglich ist. Aus Gründen einer nachhaltigen Regenwasserbewirtschaftung hat die Versickerung von Niederschlägen Vorrang vor der Ableitung in Oberflächengewässer.</p> <p><u>Hinweis:</u> Die Stellungnahme als TÖB ersetzt nicht die Stellungnahme des Gewässerkundlichen Landesdienstes (GLD) gemäß RdErl. d. MU vom 06.03.2018 - 23-62018 i. Verb. m. RdErl. d. MU v. 20.12.2023 – 21-62018/05-0001 zu § 29 NWG. Ich gehe davon aus, dass die wasserwirtschaftlichen Belange von der verfahrensführenden Stelle geprüft werden und der GLD ggf. beteiligt wird. Bei einer Beteiligung des GLD sind gem.</p>	<p>Der Geltungsbereich liegt laut „Umweltkarten-Niedersachsen“ weder in einem ÜSG-Verordnungsfläche oder in einem vorläufig gesicherten ÜSG, noch in einem Risikogebiet außerhalb von ÜSG § 78b WHG. Die Ausführungen können also zurückgewiesen werden.</p> <p>Das anfallende Oberflächenwasser wird auch zukünftig innerhalb der Fläche verrieselt bzw. versickert.</p> <p>Es wird bei der Bauumsetzung geprüft, ob die befestigten Flächen komplett versiegelt werden müssen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

Stellungnahmen nach § 4 Abs. 2 BauGB	Abwägung
<p>Abschnitt 4 des vorgenannten RdErl. dem GLD die dafür erforderlichen Unterlagen mit einer ausführlichen Begründung der aus Sicht der beteiligten Stelle zu erwartenden wesentlichen Auswirkungen auf den Wasserhaushalt zuzuleiten. (Zuständige Ansprechperson: Heidrun Lucas, Tel. 05931/406-150, E-Mail: heidrun.lucas@nlwkn.niedersachsen.de und poststelle.mep@nlwkn.niedersachsen.de)</p> <p>Geschäftsbereich 4: Naturschutz ständige Ansprechperson: - Frau Ewers-Trautmann, Tel.: 0441/95069-140 E-Mail: martina.ewers-trautmann@nlwkn.niedersachsen.de</p> <p>Die seitens GB4r als TÖB zu vertretenden Belange von Natur und Landschaft sind von dem geplanten Vorhaben der Errichtung einer großflächigen Anlage für Tierhaltung nicht unmittelbar betroffen, da im Vorhabenbereich keine landeseigenen Naturschutzflächen liegen. Im Nahbereich befindet sich das NSG Nenndorfer Mörken WE 145, in dem eine landeseigene Naturschutzfläche von ca. 6,5 ha liegt. Der Abstand zum Vorhabenbereich beträgt ca. 250 m, sodass von einer unmittelbaren Beeinträchtigung durch das Vorhaben nicht auszugehen ist.</p> <p>Als regionale Fachbehörde für Naturschutz weise ich darauf hin, dass im weiteren Verfahren die Belange von Natur und Landschaft durch die zuständige untere Naturschutzbehörde in das Verfahren einzubringen sind. Für Rückfragen oder auf konkrete ergänzende Anfragen steht der GB4 bei Bedarf gern zur Verfügung.</p> <p>Von der Entscheidung erbitten wir eine Ausfertigung für unsere Akten.</p>	<p>Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.</p>
5. EWE NETZ GmbH: Schreiben vom 19.03.2025	
<p>vielen Dank für die Beteiligung unseres Hauses als Träger öffentlicher Belange.</p> <p>Im Plangebiet bzw. in unmittelbarer Nähe zum Plangebiet befinden sich Versorgungsleitungen und/oder Anlagen der EWE NETZ GmbH.</p>	<p>Die Stellungnahme der EWE Netz GmbH wird zur Kenntnis genommen und wie folgt beachtet.</p>

Stellungnahmen nach § 4 Abs. 2 BauGB	Abwägung
<p>Diese Leitungen und Anlagen sind in ihren Trassen (Lage) und Standorten (Bestand) grundsätzlich zu erhalten und dürfen weder beschädigt, überbaut, überpflanzt oder anderweitig gefährdet werden. Bitte stellen Sie sicher, dass diese Leitungen und Anlagen durch Ihr Vorhaben weder technisch noch rechtlich beeinträchtigt werden.</p> <p>Das Erdgashochdrucknetz kann durch Näherung Ihrer Baumaßnahme beeinflusst werden. Hierfür setzen Sie sich bitte per E-Mail mit unserer zuständigen Fachabteilung:</p> <p>NCENetztechnikGWPostfach@ewe-netz.de</p> <p>in Verbindung.</p> <p>Sollte sich durch Ihr Vorhaben die Notwendigkeit einer Anpassung unserer Anlagen, wie z.B. Änderungen, Beseitigung, Neuherstellung der Anlagen an einem anderen Ort (Versetzung) oder anderer Betriebsarbeiten ergeben, gelten dafür die gesetzlichen Vorgaben und die anerkannten Regeln der Technik.</p> <p>Für die gegebenenfalls notwendige Erschließung des Plan- oder Baugebietes mit Versorgungsleitungen und Anlagen durch EWE NETZ planen Sie bitte einen Versorgungstreifen bzw. -korridore für z.B. Telekommunikationslinien und Elektrizitätsleitungen gemäß DIN 1998 von mindestens 1,6 m mit ein.</p> <p>Die Kosten der Anpassungen bzw. der Betriebsarbeiten sind von dem Vorhabenträger vollständig zu tragen und der EWE NETZ GmbH zu erstatten, es sei denn der Vorhabenträger und die EWE NETZ GmbH haben eine anderslautende Kostentragung vertraglich geregelt.</p> <p>Die EWE NETZ GmbH hat keine weiteren Bedenken oder Anregungen vorzubringen.</p> <p>Wir bitten Sie, uns auch in die weiteren Planungen einzubeziehen und uns frühzeitig zu beteiligen. Dies gilt auch für den Fall der Erschließung des Plangebietes mit Versorgungsleitungen durch EWE NETZ GmbH, denn</p>	<p>Die Ausführungen sind bereits Teil der Unterlagen.</p> <p>Es werden Schutzstreifen von beidseitig je 20 m eingehalten; diese sind entsprechend im Planteil dargestellt.</p> <p>Dies wird zur Kenntnis genommen und ist bereits Teil der Unterlagen (vgl. Kapitel 6.6).</p> <p>Dies wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Dies wird beachtet.</p>

Stellungnahmen nach § 4 Abs. 2 BauGB	Abwägung
<p>hierfür sind beispielsweise Lage und Nutzung der Versorgungsleitung und die sich daraus ableitenden wirtschaftlichen Bedingungen wesentliche Faktoren.</p> <p>Damit die Planung Ihres Baugebietes durch uns erfolgen kann, teilen Sie uns bitte die dafür notwendigen Informationen über den folgenden Link mit: https://www.ewe-netz.de/kommunen/service/neubaugebieterschliessung</p> <p>In der Laufzeit Ihres Verfahrens kann sich unser Leitungs- und Anlagenbestand ändern.</p> <p>Damit es nicht zu Entscheidungen auf Grundlage eines veralteten Planwerkes kommt, nutzen Sie dafür bitte unsere aktuelle Leitungs- und Anlagengenauskunft. Auf unserer Internetseite der EWE NETZ GmbH können Sie sich jederzeit nach einer erfolgreichen Registrierung auf unserem modernen Planauskunftsportal über die konkrete Art und Lage unserer zu berücksichtigenden Anlagen informieren:</p> <p>https://www.ewe-netz.de/geschaeftskunden/service/leitungsplaene-abrufen</p>	
6. Telekom Deutschland GmbH: Schreiben vom 23.04.2025	
<p>Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i.S.v. § 125 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o.g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:</p> <p>Die Telekom hat bezüglich der o.g. Bauleitplanung derzeit weder Anregungen noch Bedenken.</p> <p>Bei der Bauausführung ist darauf zu achten, dass Beschädigungen der vorhandenen Telekommunikationslinien vermieden werden und aus betrieblichen Gründen (z.B. im Falle von Störungen) der ungehinderte</p>	<p>Die Stellungnahme der Telekom wird zur Kenntnis genommen.</p>

Stellungnahmen nach § 4 Abs. 2 BauGB	Abwägung
<p>Zugang zu den Telekommunikationslinien jederzeit möglich ist. Insbesondere müssen Abdeckungen von Abzweigkästen und Kabelschächten sowie oberirdische Gehäuse so weit freigehalten werden, dass sie gefahrlos geöffnet und ggf. mit Kabelziehfahrzeugen angefahren werden können. Es ist deshalb erforderlich, dass sich die Bauausführenden vor Beginn der Arbeiten über die Lage der zum Zeitpunkt der Bauausführung vorhandenen Telekommunikationslinien der Telekom informieren. Die Kabelschutzanweisung der Telekom ist zu beachten.</p>	
7. NABU Emsland / Grafschaft Bentheim: Schreiben vom 25.04.2025	
<p>Mit Bezug auf die öffentliche Bekanntmachung vom 18.03.25 gibt der NABU-Regionalverband Emsland / Grafschaft Bentheim e.V. sowohl im eigenen Namen als auch im Namen des NABU-Landesverbandes Niedersachsen folgende Stellungnahme zu den beiden o.g. Bauleitplanverfahren ab.</p> <p>Der NABU-Regionalverband wird nach außen vertreten durch den Vorsitzenden Gerhard Busmann. Der NABU-Landesverband Niedersachsen wird nach außen vertreten durch den Vorsitzenden Dr. Holger Buschmann.</p> <p>Der NABU hat vor allem folgende Bedenken, Anregungen und Hinweise aufgrund der ausgelegten Unterlagen.</p> <p>1. Immissionsschutztechnisches Gutachten unzureichend</p> <p>Der NABU hatte bereits in der vorangegangenen Stellungnahme darauf hingewiesen, dass ein Immissionsschutztechnisches Gutachten erforderlich ist, dass konkrete Aussagen zu den Immissionen durch Lärm, Staub, Bioaerosole, Gerüche und Zusatzbelastung an Ammoniakkonzentration und Stickstoffdeposition eingeht.</p> <p>In der Abwägungsunterlage (S. 7) wird behauptet, werde ein immissionschutztechnischer Bericht erstellt, in dem diese Punkte berücksichtigt würden.</p>	<p>Die Stellungnahme des NABU wird zur Kenntnis genommen und wie folgt beachtet.</p> <p>1. Immissionsschutztechnisches Gutachten unzureichend</p> <p>Zu der vorliegenden Angebotsbebauungsplanung liegt ein immissionstechnisches Gutachten vor.</p> <p>(betrifft den UB nicht): Zur Ausarbeitung des Umweltberichts lag lediglich der Immissionsschutztechnische Bericht von FIDES vom 22.03.2024 vor.</p> <p>Da wir uns mit der Bauleitplan B-Plan Nr. 272, in einer Angebotsplanung befinden, führt diese angesprochene Detailbetrachtung zur Stickstoffdeposition zu keinem zufriedenstellenden Ergebnis, da weder Tierart, noch Anzahl, noch Anlagentechnik, noch Standorte der Anlagen bzw. Lüfter, Lufttechnik, noch Minderungsmaßnahmen definiert sind.</p>

Stellungnahmen nach § 4 Abs. 2 BauGB	Abwägung
<p>Diese Aussage ist falsch! Zwar liegt den ausgelegten Planungsunterlagen ein Immissionsschutztechnischer Bericht der Fa. Fides vom 22.03.24 bei. Dieser Bericht bezieht sich jedoch ausschließlich auf die zu erwartenden Beeinträchtigungen durch Gerüche. Wesentliche Immissionen werden deshalb gar nicht betrachtet.</p> <p>Dies ist insbesondere auch deshalb sehr kritisch zu sehen, weil sowohl NABU als auch UNB in ihren Stellungnahmen auf das sehr nahegelegene NSG „Nenndorfer Mörken“ hingewiesen haben. Dieses NSG beherbergt ein kleines Moor mit moortypischen Pflanzen und Lebensräumen. Diese Pflanzen und Lebensräume sind sehr stickstoffempfindlich. Es ist in hohem Maß wahrscheinlich, dass unter den vorhandenen Lebensraumtypen auch solche sind, die dem Schutz der FFH-Richtlinie unterliegen.</p> <p>Es ist davon auszugehen, dass bei der sehr geringen Entfernung von nur 180 m und der zu erwartenden zusätzlichen Stickstoffdeposition durch die geplante Tierhaltung erhebliche Beeinträchtigungen eintreten. Ohne ein entsprechendes Gutachten, dass unter Berücksichtigung der Vor- und Hintergrundbelastung die zu erwartenden Beeinträchtigungen durch die geplante Tierhaltung bewertet, ist eine Abwägung über das Vorhaben im höchsten Maße lücken- und damit fehlerhaft. Darüber hinaus kann nicht davon ausgegangen werden, dass die Pläne vollziehbar sind. Deshalb ist ein weiteres, umfassendes Gutachten zwingend erforderlich.</p>	<p>Final hat die geplante Tierhaltungsanlage, die im Raum zu sichernden Umweltbelange, also auch die Beeinträchtigungen durch Stickstofffrachten, zu erfüllen.</p> <p>Hinweise des NABU werden ernst genommen und nachvollzogen, insbesondere im Hinblick auf die Nähe zum NSG und die potenziellen Auswirkungen auf empfindliche Lebensräume.</p> <p>Gleichwohl ist festzuhalten, dass es sich beim vorliegenden Bebauungsplan um einen Angebotsbebauungsplan handelt. Dieser schafft allein die planungsrechtliche Grundlage für eine mögliche Nutzung – in diesem Fall ein Sondergebiet mit Tierhaltung – ohne jedoch ein konkretes Vorhaben mit emissionsrelevanten Betriebsdetails zuzulassen oder zu genehmigen.</p> <p>Die im Verfahren vorgelegten immissionsschutztechnischen Unterlagen (hier: Bericht der Fa. Fides vom 22.03.2024) beziehen sich auf grundsätzliche planungsrechtliche Aspekte der Geruchszulässigkeit, was für das Bebauungsverfahren eine erste Einschätzung darstellt, aber keine vollständige fachrechtliche Prüfung im Sinne einer Genehmigung ersetzt.</p> <p>Emissionen wie Ammoniak, Stickstoffdeposition oder Bioaerosole, deren Auswirkungen insbesondere auf empfindliche Schutzgüter wie Moore und FFH-Lebensräume relevant sein können, sind Gegenstand einer standortbezogenen immissionsschutzrechtlichen Prüfung im nachgelagerten Genehmigungsverfahren nach BImSchG. Erst in diesem Verfahren werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • konkrete Betriebsdaten, • Haltungsformen, • Tierzahlen, • technische Emissionsminderungsmaßnahmen und • relevante Vorbelastungen

Stellungnahmen nach § 4 Abs. 2 BauGB	Abwägung
<p>2. Bestandserfassung unzureichend</p> <p>Im Umweltbericht (S. 18ff.) werden die erfolgten Bestandserfassungen der Fauna beschrieben. Diese Kartierungen sind unzureichend:</p> <p>a) Bei den Brutvögeln werden die vorhandenen Daten von NWP 2018 zugrunde gelegt. Diese sind mit 7 Jahren jedoch veraltet. Die weiteren Bestandserfassungen wurden in den Jahren 2023 und 2024 vorgenommen. Damit wurden die Erfassungen in unzulässiger Weise auf 2 Jahre verteilt. Außerdem erfolgten von den 6</p>	<p>in die Prüfung einbezogen. Dabei sind umfassende Gutachten (z.B. zur Stickstoffdeposition) regelmäßig zwingend erforderlich, um die Einhaltung fachrechtlicher Schwellen- und Belastungswerte sowie FFH-Verträglichkeit sicherzustellen.</p> <p>Aus naturschutzfachlicher Sicht wird zugesichert, dass die Belange des angrenzenden NSG und möglicher FFH-relevanter Lebensräume bei der Genehmigung konkret zu berücksichtigen sind. Die Planaufstellung selbst verletzt keine Schutzvorschrift, sofern die Anforderungen nach § 1 Abs. 6 Nr. 7 und 7b BauGB im Abwägungsvorgang einbezogen und fachlich dokumentiert werden – was mit dem Hinweis auf das notwendige Genehmigungsverfahren erfolgt. Es wird im Bebauungsplan ein Hinweis aufgenommen, um die Sachlage klarzustellen:</p> <p><i>„Es wird darauf hingewiesen, dass im Rahmen eines etwaigen späteren Genehmigungsverfahrens nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) eine umfassende immissionsschutzrechtliche Prüfung durchzuführen ist.“</i></p> <p><i>Dabei sind insbesondere die Auswirkungen auf das nahegelegene Naturschutzgebiet „Nenndorfer Mörken“ sowie mögliche FFH-relevante Lebensräume zu berücksichtigen.</i></p> <p><i>Dies schließt eine detaillierte Bewertung von Stickstoffdeposition, Ammoniakemissionen, Bioaerosolen, Staub- und Lärmemissionen sowie ggf. weiteren relevanten Stoffeinträgen ein.</i></p> <p><i>Die Genehmigung ist nur zulässig, wenn die gesetzlichen Anforderungen des Umwelt-, Natur- und Artenschutzes eingehalten werden.“</i></p> <p>2.</p> <p>Nach Vorabstimmung mit der UNB wurden 2 Begehungen zur Erfassung von Brutvögeln und Fledermäusen für ausreichend erachtet, anhand derer vorliegende faunistische Erhebungen beidseitig des Ems-Seiten-Kanals (NWP 2018) für den Geltungsbereich stichprobenartig verifiziert und dem Umweltbericht zugrunde gelegt werden sollten. Die Aussagekraft bzw. Belastbarkeit der Daten von NWP ist insofern weiterhin gegeben, als sich der Untersuchungsraum seitdem nicht erheblich verändert hat. Da NWP seinerzeit nur wenige Arten am Rande bzw. außerhalb des Geltungsbereichs</p>

Stellungnahmen nach § 4 Abs. 2 BauGB	Abwägung
<p>Bestandserfassungen die Hälfte nur im Zusammenhang mit anderen Begehungen, also nur „nebenbei“, was die Qualität der Erfassung erheblich mindert. Die Methodenstandards nach SÜDBECK et al. 2005 sind daher in keiner Weise eingehalten. Es wundert daher auch nicht, dass bestimmte Arten wie Kiebitz oder Nachtigall nicht mehr nachgewiesen werden konnten.</p> <p>b) Bestandserfassungen der Gastvögel erfolgten gar nicht.</p> <p>c) Im Hinblick auf die Fledermäuse wurde wiederum von den veralteten Daten von NWP 2018 ausgegangen. Darüber hinaus erfolgt nur eine einmalige Stichprobenerfassung. Kartographische Darstellungen der Ergebnisse fehlen vollständig. Außerdem ist es deshalb auch nicht, dass keine Quartiernachweise erfolgt sind. Balzquartiere konnten schon aufgrund des gewählten Zeitpunktes nicht erfasst werden.</p> <p>Die Bestandserfassungen sind daher insgesamt nicht geeignet als Grundlage für den Umweltbericht und die Artenschutzprüfung zu dienen.</p> <p>3. Unzureichende Beschreibung der Umweltauswirkungen</p> <p>Auf S. 38 des Umweltberichts werden die Umweltauswirkungen zusammengefasst. Auch hier ist auffallend, dass betriebsbedingte Auswirkungen auf die Vegetation durch die zu erwartende Stickstoffbelastung in keiner Weise thematisiert wird.</p> <p>4. Vermeidungsmaßnahmen unzureichend</p> <p>Die im Umweltbericht (S. 78f.) aufgeführten Vermeidungsmaßnahmen sind allesamt zwingend erforderlich, aber noch nicht ausreichend. Insbesondere Aussagen zu einem insekten- und fledermausfreundlichen Beleuchtungskonzept, auf die der NABU bereits in der vorangegangenen Stellungnahme hingewiesen hatte, fehlen. Und dass, obwohl in der Abwägungsunterlage (S. 8) behauptet wird, „entsprechende Vermeidungsmaßnahmen</p>	<p>verortet hatte, wurden die Stichproben für Brutvögel - auch Saisonübergreifend - erweitert, um zur Bewertung als Brutvogellebensraum ein größeres Artenspektrum heranziehen zu können. Mithin floss in die Bewertung floss auch die durch NWP hergeleitete lokale Bedeutung des Gebietes ein, der u.a. (außerhalb des Geltungsbereichs in einem insgesamt ca. 122 ha großen Raum festgestellte) Arten wie Kiebitz, Kuckuck und Nachtigall zugrunde lagen.</p> <p>Nach Vorabstimmung mit der UNB war die Erfassung von Gastvogelarten nicht erforderlich.</p> <p>siehe 2.a). Da im Rahmen der Stichprobenbegehung innerhalb des Geltungsbereichs lediglich Breitflügel- und Zwergfledermaus registriert wurden, wurde vorsorglich die von NWP konstatierte mittlere bis hohe Lebensraumbedeutung übernommen.</p> <p>3. siehe 1. sowie Textkasten auf S. 32 des Umweltberichts, nach dem betriebsbedingte Wirkungen ausdrücklich nicht Teil der Ausarbeitungen sind.</p> <p>4. siehe 3. Vermeidungsmaßnahmen werden als Hinweis aufgenommen.</p>

Stellungnahmen nach § 4 Abs. 2 BauGB	Abwägung
<p>werden aufgenommen“. Dabei findet sich in den Vermeidungsmaßnahmen nur eine Aussage zu der nächtlichen Baustellenbeleuchtung. Aussagen zur Beleuchtung während der Betriebszeit fehlen jedoch vollständig.</p> <p>5. Kompensationskonzept unzureichend</p> <p>Im Umweltbericht wird als interne Kompensationsmaßnahme eine Eingrünungspflanzung vorgesehen. Die weitere Kompensation soll durch den Erwerb von Ökopunkten erfolgen. Diese Vorgehensweise ist nicht sachgerecht.</p> <p>Zum einen ist aufgrund der unzureichenden Bestandserfassungen mit weiteren Tierarten-Vorkommen zu rechnen, die bisher unzureichend berücksichtigt sind. Zum anderen wird durch das Vorhaben Offenland in Anspruch genommen. Lebensraum für Tierarten wie Kiebitz wird vernichtet. Folglich muss auch eine gezielte Kompensation für Offenlandarten in Form von extensiv genutztem Grünland erfolgen. „Irgendwelche“ Maßnahmen, die in Form von Ökopunkten nachgewiesen werden, sind nicht ausreichend. Darüber hinaus ist genaue Lage der jeweiligen externen Maßnahmenflächen zu benennen. Aus dies ist bisher nicht geschehen.</p> <p>Für Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung. Bitte beteiligen Sie den NABU am weiteren Verfahren.</p>	<p>5.</p> <p>Die mittels Erwerb von Ökopunkten zu erbringende und nachzuweisende Kompensation erfolgt in Abstimmung zwischen Stadt Papenburg und Landkreis Emsland. Laut Umweltbericht werden 23.537 Werteinheiten (WE) für die Kompensation benötigt. Aus dem städtischen Ökokonto stehen uns derzeit 159.350 WE zur Verfügung. Somit sind ausreichend Werteinheiten sowie ein großzügiger Puffer vorhanden.</p>